



KOSTENLOS

Gegegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 187

Wilhelmshaven

Februar 2003

Christian Wulff: Jetzt öfter im Fernsehen

Wulff lässt Gabriel nur noch Staub schlucken und Biester verweist Adam des Feldes. Landtagswahl 2003 auf Seite 4.



Trotz alledem!

150 Jahre Jadevertrag: Für Wilhelmshaven ein Grund zum Feiern. Wir haben uns das Fest-Programm angeschaut. Ein erstes Ergebnis präsentieren wir auf [Seite 3](#).

Niedersachsen hat gewählt - Wilhelmshaven auch. Auf [Seite 4](#) bewerten wir das Wahlergebnis und zwei voraussichtliche Minister der schwarz-gelben Koalition.

Was darf ein Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes? Unser Ex-Ministerpräsident meint auf [Seite 5](#), dass er zumindest nicht gegen den geplanten Hafenausbau sein darf. Wir glossieren das anhand des Lebenslaufs unseres Ex.

Rolf Frerichs dürfte unseren LeserInnen inzwischen bekannt sein - auf [Seite 6](#) gibt's Neues von einem unermüdlich kämpfenden Bürger.

Natürlich darf auch in dieser Ausgabe der JadeWeserPort nicht fehlen. Um viel Geld und um die Frage, wer es aufbringen wird, geht es auf [Seite 8](#).

Ist Ihnen schon aufgefallen, dass in Wilhelmshaven der Ton immer militaristischer wird? Uns wohl. Eine kleine Auswahl dazu auf [Seite 9](#).

"Schluss mit der Geheimniskrämerei" hieß es für einige Minuten auf der Ratssitzung am 8. Januar. Auf [Seite 10](#) geben die Ratssplitter Auskunft, was da los war.

Und wieder stirbt ein Stück Wilhelmshaven: Der Kiosk an der KW-Brücke wurde abgerissen - [Seite 2](#) - und das Miles muss auch den städtebaulichen Plänen weichen - [Seite 11](#).

Auf [Seite 12](#) geht es wieder einmal um die Schwierigkeiten von Leuten, die einen Weg aus der Abhängigkeit von Drogen suchen.

Leserbriefe, Meldungen und Veranstaltungstipps finden Sie wie immer im ganzen Heft verstreut.

meldungen

Mit Empörung

nahmen viele WilhelmshavenerInnen den Abriss des Kiosks an der Auffahrt zur Kaiser-Wilhelm-Brücke zur Kenntnis. Begründung der Stadtverwaltung: Es hätte sich kein Käufer gefunden. Der Wilhelmshavener Rechtsanwalt Bolko Seifert erstattete daraufhin eine "Anzeige wegen Verstoßes u.a. gegen Denkmalschutzbestimmungen."

Herr Seifert nennt den Abriss des seiner Meinung nach zum Denkmalensemble 'Kaiser-Wilhelm-Brücke' zu zählenden Gebäudes "überfallartig". In der Anzeige heißt es: "Bei dem rechtswidrig abgerissenen Gebäude handelt es sich ganz zweifellos um ein Baudenkmal oder einen Teil eines Baudenkmal, welches die Geschichte der Stadt und ihr Erscheinungsbild über fast ein Jahrhundert geprägt hat. Ob dieses Gebäude explizit in der Liste der Baudenkmäler aufgeführt ist, ist für die Beurteilung seiner Denkmals-eigenschaft ohne Belang."

Weiter schreibt er: "Abgesehen von meiner Betroffenheit - als Anrainer - über diesen schweren Eingriff in das städtebauliche relevante und prägende Gebäude des 'Kaiser-Wilhelm-Brücken-Gesamtensembles' bin ich zwischenzeitlich derart oft wegen dieses unglaublichen Abrissvorgangs angesprochen worden, dass ich von dem vorgenannten Schritt der Anzeigerstattung über mein eigenes Interesse als unmittelbar Betroffener hinaus Gebrauch zu machen mich verpflichtet fühle. Ich erkläre allerdings schon jetzt, dass mein Verfolgungsinteresse bei einem Wiederaufbau des kleinen Gebäudes nach den alten Originalplänen erledigt ist." Zum 125. Namenstag der Stadt Wilhelmshaven veröffentlichte ein Arbeitskreis Wilhelmshavener Stadtbild im Juni 1994 eine kleine Broschüre mit dem Titel "Was die Bomben verschonten ... vernichtete die Nachkriegspolitik", in der der Arbeitskreis ein gutes Dutzend solcher Fälle geißelte. Es wird wohl Zeit für eine Neuaufgabe! (hk)

General-Anzeiger am 29.12.2000:

Wilhelmshaven erhält einen Biotechnologiepark. Er soll 2001 auf dem etwa 80.000 Quadratmeter großen Ausstellungsareal der Expo am Meer entstehen, einem früheren Kasernengelände, teilte die Pressestelle der Stadt am Donnerstag mit. Die Investitionen werden auf bis zu zehn Millionen Mark geschätzt. Schwerpunkte sollen die Bereiche Meeresbiologie, Umwelt, Ernährung, Pflanzen und Medizin werden, hieß es. Gesellschafter des "Biotechnologieparks Nordwestliches Niedersachsen" sind den Angaben zufolge Industrieunternehmen, Kommunen und die regionale Forschung. Geplant sei die Gründung einer Aktiengesellschaft. Als erster Schritt solle ein Gründer- und Kompetenzzentrum geschaffen werden. 100 Menschen sollen bereits Ende 2001 dort beschäftigt sein.

Und was ist heute? Nichts! Keiner beschäftigt. Und die 400 von Wirtschaftsministerin Knorre angekündigten Arbeitsplätze werden weiterhin nur die Statistiken gut aussehen lassen. Bei der Bezirksregierung liegen 2,5 Millionen Euro bereit für den Biotechnologiepark. Nur anfangen müsste man. (hk)

Röbbelen verlässt Wattenmeerhaus

Maria Röbbelen, langjährige Leiterin des Nationalpark-Zentrums "Das Wattenmeerhaus", hat im Januar ihre Stelle gekündigt. Nachdem der Vertrag mit ihrem Vorgänger Wilm Prasse nach öffentlichen Auseinandersetzungen mit dem Vorstand gekündigt worden war, hatte Röbbelen die Einrichtung erfolgreich aus dieser schwierigen Krise geführt und mit ständig neuen Projekten, wechselnden Ausstellungen und einem attraktiven Veranstaltungsangebot zu einer überregional wirksamen Attraktion für Touristen, aber auch für Einheimische entwickelt.

Ihre Begründung, aus "persönlichen Gründen" diese schwerwiegende Entscheidung gefällt zu haben, hat ihr verbundene Menschen alarmiert. Aus Rücksichtnahme haben wir sie selbst bisher nicht nach den Hintergründen befragt. Auch eine Stellungnahme des WWF, der gemeinsam mit der Stadt die Einrichtung trägt, liegt uns noch nicht vor. Nach Informationen Dritter soll jedoch die in diesem Jahr seitens der Stadt über ihren Kopf hinweg geplante Ausstellung zum JadeWeserPort im Wattenmeerhaus (s. GEGENWIND 185) den Ausschlag für Röbbelens Kündigung gegeben haben. Dass jemand, der mit dem Herzen seine Arbeit getan hat, eine so gezielte wie unfaire Offensive gegen den Naturschutz im Wattenmeer nicht verkraftet bzw. dann kündigt, um die Selbstachtung nicht zu verlieren, ist leicht nachzuvollziehen. (hk)

"dein körper gehört dir" - gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch -

ist ein Projekt verschiedener Wilhelmshavener Institutionen. Es soll Betroffenheit auslösen, die eigene Ohnmacht und Sprachlosigkeit überprüfen, zu mehr Aufmerksamkeit, Vorsicht, Selbstbewusstsein, Offenheit im Gespräch anregen. Idee und Konzept: Christa Marxfeld-Paluszak

Eröffnung am 6. Februar 2003 um 19 Uhr, Sezession Nordwest, Virchowstr. 37

Ausstellung: Christa Marxfeld-Paluszak - Collagen. Texte. Installation. / Ian Owen - Tanzperformance. / Kathrin Rehberg - Der Tod und das Mädchen (Monolog) / Angelika Reichelt u. a. - Szenisches Spiel

20 Uhr, "Point", Ausstellungseröffnung "Aggression und Gewalt" Horst Heitmann - Einführung / Janine Wilson - Sprechgesang

14. Februar, 17 Uhr, Ausstellungseröffnung "Leben statt Krieg" in der Christus- und Garnisonkirche: Vortrag von Heidemarie Grobe, Terre de femmes: "Wie Fundamentalisten die Freiheit von Frauen vernichten"

17. Februar, 20 Uhr, Lesung mit Sabine Karasch und Marco Sticker: "Nach Afghanistan kommt nur noch Gott zum Weinen"

18. Februar, 15 Uhr, Christuskindergarten, Adalbertstr. 24: "Dornröschen" - Kinder zeigen, wie das Gute siegt" - Theaterstück für Kinder und Erwachsene

20. Februar, 18 Uhr, Sezession Nordwest: Lesung von A. C. Denhart

Projektbeteiligung: Soroptimist international - "POINT" - Jugendamt / Jugendschutz / "Schlüsselblume" - Christus- und Garnisonkirche - Frauenbeauftragte WHV - Familienbildungsstätte

Ausstellungen Point: bis zum 20.2. zu den normalen Öffnungszeiten. Sezession Nordwest bis zum 23.2. jeweils Mi+Do von 16-19 Uhr. Kirche bis zum 25.2. täglich 11-17 Uhr.

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und
Herward Meier
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70



Ja, spinnen denn alle? Ein Jörg-Michael Henneberg unterschrieb das oben stehende Bild in seinem Sonderbericht zum Wilhelmshaven-Jubiläum (WZ, 11.1.03 mit den Worten: "Der Glanz vergangener Zeiten: der Reichskriegshafen."

AMERICAN STYLE
RESTAURANT &
COCKTAILBAR

Bonny's
Diner

ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-DO 9 - 2 UHR
FR 9 - 5 UHR
SA 10 - 5 UHR
SO 10 - 2 UHR

WHV, BAHNHOFSTR. 22 (KINOZENTRUM), TEL. 04421/ 981 505

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 04421 / 99 49 91
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
Hannes Klöpffer (verantwort. Redakteur), Anette Nowak,
Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck Auflage: 4.900 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 6. Februar 2003

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die
durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
beigetragen haben.

Der Jadevertrag

Ein Grund zum Feiern wird sich wohl finden lassen

(hk) Wilhelmshaven hat viele Väter. Und so sind wir hier in der Lage, beinahe in jedem Jahr irgendeinen runden Geburtstag zu feiern. Und in diesem Jahr heißt es 150 Jahre Jadevertrag.

Am 20. Juli 1853 wurde mit dem Jadevertrag die Grundlage für die Stadt Wilhelmshaven gelegt. Wer da was unterzeichnete, dürfte inzwischen zumindest in Wilhelmshaven allgemein bekannt sein: Der Jadevertrag räumte Preußen das Recht ein, auf dem westlichen Teil der Jade beim Heppenser Fährhuck einen Hafen anzulegen und ein Marineetablisement zu errichten. Für dieses aus den Kirchspielen Heppens und Neunden herausgelöste Gebiet und das Territorium am östlichen Ufer des Jadebusen bei Eckwarderhörn mit einer Größe von ca. 3,3 km² erhielt Oldenburg 500.000 Taler Entschädigung.

Die Veranstaltungen zum Jubiläum können im Internet unter www.jadevertrag.de abgerufen werden.

Zwei Veranstaltungen fallen dabei besonders ins Auge: Die Ausstellung "Aufstand des Gewissens" und der Große Zapfenstreich.

Aufstand des Gewissens

Mit dieser 1984 entstandenen und 1998 überarbeiteten Ausstellung versuchen die deutschen Militärs ein Bild des guten deutschen Wehrmachtangehörigen zu zeichnen. Zum Beispiel die Männer um Stauffenberg. Die Attentäter hatten jahrelang ein mörderisches System mitgetragen. Was sie an den Nazis am meisten störte, war, dass der Krieg nicht das erwünschte Ergebnis brachte. Die Putschoffiziere und ihre bürgerlichen Verbündeten stammten zum Großteil aus demokratiefeindlichen und völkisch-autoritären Parteien und Verbänden. Der als Regierungschef vorgesehene Carl Goerdeler war vor 1933 Funktionsträger der antisemitischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die an der Machtübertragung an Hitler maßgeblich beteiligt war. Das Regierungsprogramm der Attentäter sah nicht einmal einen sofortigen Waffenstillstand vor. Nach wie vor sollte das Deutsche Reich 'verteidigt' werden.

Dieser Widerstand von rechts oben wird in der BRD zur Traditionsbildung benutzt und soll der Bundeswehr die Möglichkeit geben, sich auf 'ehrenhafte' Teile der Wehrmacht zu berufen. Die vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt erstellte Ausstellung passt gut in die Zeit - geht es doch heute in Deutschland wieder darum, als Weltmacht ohne Makel dazustehen. Die Ausstellung findet vom 24. April bis zum 15. Juni im Foyer des Stadttheaters statt. Wir werden in unserer nächsten Ausgabe noch ausführlich über die Ausstellung und deren Hintergründe berichten.

Großer Zapfenstreich

Zum 50. Jahrestag der Wiedergründung des Deutschen Marinebundes und gleichzeitig zum 155. Geburtstag der Deutschen Marine findet auf dem Rathausplatz ein großer Zapfenstreich statt.



Der Große Zapfenstreich wird von einem Spielmannszug und einem Musikkorps gemeinsam ausgeführt, die von zwei Zügen unter Gewehr und von Fackelträgern begleitet werden. Führer des Großen Zapfenstreiches ist ein Truppenoffizier, der mindestens im Range eines Stabsoffiziers steht und die für den Großen Zapfenstreich angeordneten Kommandos gibt. Die musikalische Leitung obliegt dem Chef des Musikkorps.

Der Große Zapfenstreich marschiert unter den Klängen des "Yorckschen Marsches" auf. Nach dem Einnehmen und Ausrichten der Formation folgt die Meldung an die zu ehrende Persönlichkeit.

Daran schließt sich eine Serenade an, die üblicherweise aus drei Musikstücken besteht.

Anschließend lässt der Führer des Großen Zapfenstreiches die Formation stillstehen. Es folgt der Große Zapfenstreich: Locken zum Zapfenstreich, Zapfenstreichmarsch, Retraite, Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen nach dem Gebet, Ruf nach dem Gebet, Nationalhymne.

Beim anschließenden Gebet wird der Helm auf Kommando abgenommen. Nach der Nationalhymne erfolgt die Abmeldung des Großen Zapfenstreiches, der dann unter den Klängen des "Zapfenstreichmarsches" ausmarschiert. (aus: Der Große Zapfenstreich, herausgegeben vom Bundesverteidigungsministerium)

Schon beim Lesen dieser Beschreibung laufen einem kalte Schauer über den Rücken. Doch auch das ist in Deutschland wieder 'in' - öffentliche Gelöbnisse und Zapfenstreiche gehören heute zum Standardprogramm der Werbestrategen des Bundesverteidigungsministeriums. Und so ein festlicher militärischer Akt mit Gebet und Nationalhymne ist genau das, was Deutschland braucht: ein starkes Nationalbewusstsein - wir sind wieder wer!

Und im Rathaus wird dann wohl geglast werden (Siehe Artikel auf Seite 9). □

Mütterzentrum

Werftstr. 45
Telefon: 506 106

Termine

Treffpunkt Bauchladen

Unsere Hebamme gibt
Beratung und
Hilfestellung
bei Schwangerschaft und
Geburt
jeden Dienstag 9.30 -
11.30 Uhr

Neu!! Computer im Café MüZe

E-mails schreiben,
Einladungen gestalten,
im Internet surfen...
und Hilfestellung für
Computeranfängerinnen!

Kinder- bekleidung gesucht!!!

Unser Secondhandangebot
wird erweitert - wir
brauchen ihre Säuglings-
und Kinderbekleidungs-
spende!

Öffnungszeiten:
Café MüZe:

Montag bis Donnerstag
9.30 - 17.00 Uhr

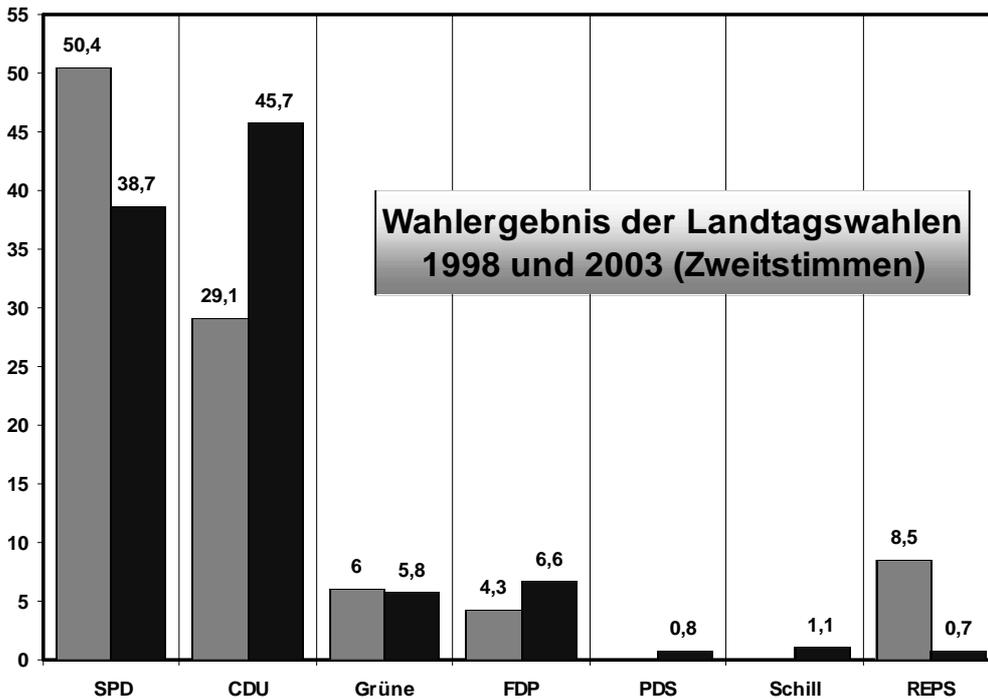
Freitag: 9.30 - 14.00 Uhr

Sonntag: 9.30 - 12.30 Uhr

Da haben wir den Salat!

Das Volk hat gesprochen und Wilfrid Adam muss wieder arbeiten.

(hk) Damit hatte wohl keiner, und am wenigsten Wilfrid Adam und Dr. Uwe Biester, gerechnet: Adam verliert sein sicher geglaubtes Direktmandat und sucht schon einen neuen Job. Dr. Biester wird es nicht leicht haben, an die Arbeitsleistung des Wilfrid Adam heranzukommen.



Die Katastrophe für die SPD in Niedersachsen zeichnete sich ja schon seit vielen Wochen ab. Einzig Ministerpräsident Gabriel und Rebecca Harms von den Grünen glaubten ernsthaft noch an eine rot-grüne Koalition. Wilfrid Adam war sich der Verbundenheit seiner WilhelmshavenerInnen so sicher, dass er auf seine Absicherung durch die Landesliste verzichtete.

Am Erfolg der CDU hatte Dr. Uwe Biester sicherlich nur einen ganz geringen Anteil. Die Wilhelmshavener Zeitung bezeichnete ihn am Tag nach der Wahl gar als einen "nicht gerade von Dynamik" geprägten Landespolitiker.

Die Wahl war natürlich vom Geieere der Koalition in Berlin geprägt, es muss aber auch ein gehöriger Teil Landespolitik eine Rolle gespielt haben - verlor die SPD in Hessen doch "nur" 10 Prozentpunkte, während sie in Niedersachsen um 14,5 Prozentpunkte sank.

Über Wilhelmshaven selbst gibt es nicht viel zu berichten. Erfreulich, dass die REPs diesmal keine Rolle mehr spielten. Für die Wilhelmshavener Grünen zahlte sich ihre profillose FDP-Politik nicht aus - sie verloren bei den Erststimmen 1,6%, und selbst bei den Zweitstimmen noch 0,6% (alle Zahlen: Wahlkreis 100 plus des Wilhelmshaven-Anteils des Wahlkreises 99). Auch Wilhelmshavens Liberale blieben unter dem Landesdurchschnitt - konnten aber immerhin 1,3% mehr Zweitstimmen als 1998 auf ihrem Konto verbuchen. Die PDS konnte ein besseres Ergebnis auf unverändert niedrigem Niveau verbuchen: von 0,7 auf 1,3% bei den Erst- und von 0 auf 0,8% bei den Zweitstimmen.

Die Landtagswahl in Wilhelmshaven war nicht nur eine Ohrfeige für die SPD. Über 26.000 Wahlberechtigte (ca. 40%) brachten durch ihr Nichtwählen zum Ausdruck, was sie von der Politik halten - im Jahre 1998 blieben "nur" 20.000 WählerInnen (ca. 30%) ihrem Wahllokal fern.

Was wird nun?

So ganz deutlich wurde im Wahlkampf

nicht, was die CDU in den nächsten 5 Jahren anders machen will. Zu erwarten haben wir jedenfalls nicht viel Gutes vom neuen Bürgerblock in Hannover. An zwei kurzen Beispielen wollen wir die zu erwartende neue Politik skizzieren.

Wulff macht den Bock zum Gärtner

Der Oldenburger Jurist Lutz Stratmann ist bislang noch nie als Ökologiebewegter in Erscheinung getreten. Niveaulos leiert er jetzt sämtliche bekannten Platitüden herunter, die darauf zielen, den Umwelt- und Naturschutz zum Sündenbock für die Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik zu machen. "Die natürlichen Ressourcen Luft, Wasser und Boden dürften auf Dauer nur so weit in Anspruch genommen werden, wie dies durch die Einhaltung des Nachhaltigkeitsprinzips gewährleistet ist." Wie er das schaffen will, ist schleierhaft. Er und sein Ministerpräsident wollen "Bürokratie" abschaffen und Kommunen und Grundeigentümern mehr Freiheiten gewähren. Mangels Kontrolle und Koordination wird der fortschreitenden Landschaftszerstörung Tür und Tor geöffnet. Zum Auftakt wird der geschützte Kormoran zum Abschluss freigegeben. Ein extremer "Hammer" ist, dass die CDU-geführte Landesregierung das Verbandsklagerecht in Niedersachsen abschaffen will - ein über Jahrzehnte erkämpftes Mitspracherecht der Natur- und Umweltverbände bei Vorhaben, die die natürlichen Ressourcen gefährden. Der Abbau von Bürokratie und Personal in der Landesverwaltung beginnt damit, dass ein neues Referat für Raumordnung eingerichtet und zu einer Behörde für den ländlichen Raum ausgebaut werden soll.

Mit den Grünen hatte Stratmann schon Zoff wegen seiner Ankündigungen, das Atomülllager in Gorleben weiter auszubauen. Inzwischen hat er sich davon distanziert, Niedersachsen zum Atomklo machen zu wollen. Es bleibt aber dabei, dass die CDU weiter "er-

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **4,50 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,59 %**

Zins p.a.: **4,95 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **5,06 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144

VPV

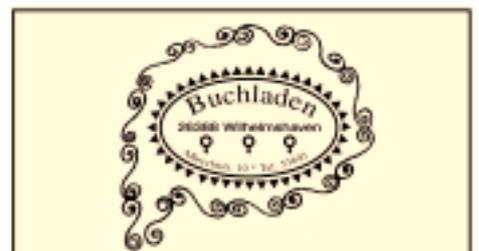
VERSICHERUNGSGRUPPE

gebnisoffen" prüfen will, ob der Salzstock im Wendland als Endlager für hochradioaktiven Müll aus Deutschland tauglich ist.

Stratmann sieht die Umweltpolitik bei den Christdemokraten in guten Händen. "Die Bewahrung der Schöpfung ist uns eine Herzensangelegenheit." Oh mein Gott. Dazu braucht man auch den Kopf, sprich fundierte Sachkenntnis - von der Stratmann nach bisherigem Eindruck völlig frei ist.

Vorwärts in die Vergangenheit!

Das ist das Motto des künftigen Kultusministers Bernd Busemann. Seine Vorgängerin Renate Jürgens-Pieper hat die Vorarbeit schon geleistet und die Abschaffung der Orientierungsstufe als eigenständiger Schulform zu Gunsten der Förderstufe angeleiert. Die CDU bezeichnet diese "Reform" als "nur neue Türschilder" und führt die Klassen 5 und 6 an die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium zurück. Künftig werden die Schulkinder schon nach dem 4. Schuljahr sortiert werden, und die Schule wird auch gegen den Elternwillen entscheiden können, welches Kind in welche weiterführende Schule kommt. Pardon: So deutlich hat Busemann sich da nicht geäußert; er hat gesagt, dass die Schullaufbahntrennung nach Klasse 4 noch bei den Eltern liegt und diese dabei von Lehrerempfehlungen unterstützt werden sollen; nach Klasse 6 aber soll die endgültige Weichenstellung erfolgen, wobei der Elternwille beschnitten wird. Da er aber die "bestehende und gewachsene dreigliedrige Schulstruktur erhalten und nach unten ausbauen will, erwarten HauptschullehrerInnen, dass sie sehr kleine 5., etwas größere 6. und große 7., 8. und 9. Klassen haben werden, weil die nach der 4. Klasse noch freie Elternentscheidung spätestens nach Klasse 6 von den Realschul- und GymnasiallehrerInnen "korrigiert" werden wird. Wenn das überhaupt noch notwendig sein wird - Aufnahmeprüfungen plant er nämlich auch. Wie Busemann dabei "gestärkte Hauptschulen" schaffen will, bleibt abzuwarten. □



Was heißt denn hier Niveau?

Am 24. Januar 2003 besuchte Ministerpräsident Sigmar Gabriel die Grüne Stadt am Meer.

Im Anschluss an die offizielle Veranstaltung wollten Mitglieder der Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" dem Ministerpräsidenten ein Gastgeschenk überreichen. Dabei entwickelte sich folgender Wortwechsel.

Manfred Berger (Bürgerinitiative):

"Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mein Name ist Manfred Berger. Ich bin Mitglied der Bürgerinitiative 'Bürger gegen den JadeWeserPort'.

Während Ihres letzten Besuches hier in Wilhelmshaven haben wir Ihnen eine Unterschriftenliste mit den ersten 5000 Hafengegnern übergeben. Auch heute möchten wir Ihnen ein Andenken an diese Stadt mitgeben. Unter Glas, für die Nachwelt konserviert, haben wir den Geniusstrand als Modell nachgebildet. Sie erinnern sich, es handelt sich hierbei um den Küstenstreifen, den Sie

durch einen Containerhafen vernichten wollen.

Nach Ihrer Erklärung vom Oktober 2002 haben Sie keine privaten Investoren für den Bau des Hafens gefunden, so dass die gesamten Baukosten durch den Steuerzahler aufgebracht werden müssen. Gleichzeitig haben wir durch Finanzminister Aller erfahren, dass der Hafen wesentlich teurer wird als ursprünglich geplant.

Damit Sie sich um die Finanzierung dieses Hafens nicht mehr kümmern müssen, hat die Bürgerinitiative 'Bürger gegen den JadeWeserPort' in diesem Modell 1 Milliarde Euro in den Sand gesetzt."

Sigmar Gabriel (Ministerpräsident):

"Nein, Herr Berger, dieses Geschenk nehme ich nicht an, auf dieses Niveau werde ich mich nicht begeben. Darf ich Sie fragen, was Sie von Beruf sind?"

Manfred Berger:

"Herr Ministerpräsident, ich bin Soldat von Beruf."

Sigmar Gabriel:

"Herr Soldat, also Öffentlicher Dienst. Sie sollten sich mal überlegen, dass es Leute geben muss, die Ihr Gehalt verdienen."

Manfred Berger:

"Ich glaube nicht, Herr Ministerpräsident, dass wir ein Gespräch auf diesem Niveau führen sollten."

Danach wandte sich der niedersächsische Ministerpräsident wieder seinen Fans zu.

Die Blicke, die mich während und nach diesem kurzen Gespräch trafen, waren überwiegend "waffenscheinpflichtig".

Einer der Anwesenden sagte mir später: Ich finde es erfrischend, dass es noch Menschen gibt, die den Mut haben, dem Ministerpräsidenten persönlich zu sagen: "Ich habe den Eindruck, hier läuft etwas falsch...".

Solche Sätze zeigen mir, dass wir auf jeden Fall mit unserer Arbeit weiter fortfahren müssen. Danke!!

Manfred Berger

In Sachen Sigmar Gabriel

Da mahnte also der Herr Gabriel den Herrn Berger, als dieser ihm im Pumpwerk seine Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des JadeWeserPorts (humorvoll in ein kleines Kunstwerk verpackt) übermitteln wollte: "Herr Soldat"... weiter sinngemäß, als Angehöriger des öffentlichen und insbesondere militärischen Dienstes hätte Berger die Klappe zu halten zu politischen Entscheidungen, weil er durch den Steuerzahler alimentiert sei.

Prüfen wir einmal diese Aussage auf ihre Logik im Allgemeinen und im Besonderen, d. h. bezogen auf die Person Gabriel. Wir haben uns ausführlich mit der Imagebroschüre beschäftigt, die für dessen Personenwahl erstellt wurde. Abgesehen davon, dass es gröttenpeinlich ist, einem Ministerpräsidenten bis in die Windeln zu gucken, ist sie, in sich betrachtet, vom Layout, Umfang und Aufbau her klasse gemacht.

Doch zum Inhalt: Da liest man von Sigmars schwerer Kindheit, seinen "heimatvertriebenen" Eltern (ganz im aktuellen Trend, die Deutschen als Opfer des Zweiten Weltkriegs darzustellen). *"Damals herrschte noch 'ein traditionelles Familienbild ... Die Frau gehört an den Herd und der Mann verdient das Geld'.* Letzterer kriegte nach der Trennung der Eltern das Sorgerecht für den Sohn, *"weil ein Beamter damals ... mehr gilt als eine Krankenschwester"* - heute, s. o., hat der Beamte nichts mehr zu lachen. Jung-Sigmar verlor bei diesem natürlich völlig den Halt, sollte schon zur Sonderschule. Doch: *"Mit der Rückkehr zur Mutter startet der vermeintliche Schulversager Gabriel prompt den schulischen Durchmarsch bis zu einem ausgesprochen guten Abitur..."* Also: Das traditionelle Familienbild ist eben doch das einzig Wahre, Mutter ist die Beste!

Es folgt Sigmars weiterer Marsch durch die Institutionen der Sozialdemokratie. Entscheidend seine Prägung bei den Zeltlagern der 'Falken': *"Am Lagerfeuer wird viel und heiß diskutiert. Das schärft die Sprache, besser als jeder Rhetorikkurs."* Erste Erfolge in der Kommunalpolitik sind unausweichlich: *"Wer Zeltlager mit 500 Kindern und Jugendlichen*

erfolgreich organisiert, kann später auch eine Stadt führen." Goslar zum Beispiel. Oder ein ganzes Reich. Die Rechtsextremen freuen sich gewiss über diese undifferenzierte Inwertsetzung geselligen Brauchtums. Böser Flüchtigkeitsfehler. Die sicherlich positiven Einflüsse der 'Falken'-Jugendlager versickern hier - mit gefährlichen Nebenwirkungen - unter der oberflächlich-populistischen Aufmachung der Broschüre.

Der Herr Gabriel hatte, ehe er von der Politik leben konnte, auch einen richtigen Beruf? Autsch: Er war Lehrer. Sind das nicht diese faulen Säcke, die ihre unendliche Freizeit dafür nutzen, bei den Grünen einzutreten und die Hand zu beißen, die sie füttert? Und vorher müssen sie studieren - am besten so sinnfreie Dinge wie *"Germanistik, Soziologie und Politik"*. Nebenbei besetzen sie Häuser und Atomendlager. Ist das so? Weit gefehlt. Gabriel hat an der Uni gelernt, *"komplizierte Dinge verständlich und schnell auf den Punkt zu bringen"*. Und: *"Ein guter Lehrer bringt seine Schüler auf den Weg ins Leben."* Sein einziger Fehler: Er ist im öffentlichen Dienst. Doch soweit kam es bei Gabriel gar nicht erst: *"Die CDU hätte sich viel ersparen können, wenn sie mich damals eingestellt hätte."*

"Es ist richtig und gerecht, seinen Beitrag zu leisten"

Aber Soldat war er. Brav und stumm hat er gedient (wie er es jetzt vom Soldaten Berger verlangt). Oder? Mitnichten: *"Auch beim 'Bund' gibt Obergefreiter Gabriel seine Meinung nicht am Kasernentor ab. Kritische Worte zur Wettrüstung und Raketenstationierung bringen ihm Ärger mit dem Vorgesetzten."* Nun, das war damals, vor der Zeit, als von deutschem Boden wieder Krieg ausging. Gabriel ebnete seine große Klappe noch den Weg zum Ministerpräsidenten. Jetzt, wo er's geschafft hat, haben Soldaten keine eigene Meinung mehr zu haben, sondern nur die Bereitschaft, sich für fragwürdige Interessen zu opfern. Das hat sich seit 1000 Jahren nicht nachhaltig geändert.

Energien müssen umgeleitet werden: *"Jeder kann seinen politischen Beitrag in der Ge-*

sellschaft leisten, als Mitglied eines Vereins oder durch ehrenamtliches Engagement."

Richtig: Rechtsaußen im Fußballclub, Schriftführer bei den Karnickelzüchtern oder Blockwart im Kleingartenverein - das sind hoch politische Abstellgleise, auf denen der Ministerpräsident seine Wahlschäflein gerne sieht.

Bleibt nur die Crux, dass auch Gabriel im Öffentlichen Dienst ist, wie jeder Politiker, und dafür aus den Taschen der Steuerzahler deutlich mehr Alimente kriegt als Soldat Berger. Und zwar dafür, dass er eine Meinung hat. Dabei soll gerade er keine eigene haben, sondern die der Bürger/innen vertreten, die ihn vor vier Jahren gewählt haben. Hier hat er kläglich versagt, und dafür hat er am letzten Wochenende die Quittung gekriegt.

Wir wollen fair bleiben: Gegen das, was eine Mehrheit von Niedersachsen uns jetzt eingebrockt hat - die einen gewählt hast, der erst recht nicht die Meinung der Meisten vertritt, sondern die der Unternehmer, aber die ihn deshalb gewählt haben, weil er eine andere Meinung als Gabriel vertritt - wäre Gabriel das kleinere Übel gewesen. Wir haben hier nur eine Wahlbroschüre kritisiert, die auf dem Mist von Gabriels PR-Beratern gewachsen ist, und wir haben deren Aussagen auch auf den Prüfstand einer Aussage gestellt, die er kurz vor der Wahl gegenüber einem intelligenten, wachsamem Bürger geäußert hat - dazu Aussagen, die nicht von ihm persönlich, sondern von Parteigenossen stammen. Man wird ja bescheiden: Gegenüber einem Schröder oder Glogowski war der neue (zwischenzeitlich schon als Kanzlemachfolger gehandelte) Stern am Ministerpräsidentenhimmel höchst sympathisch und es gibt wirklich Schlimmeres. Doch nach vier Jahren ist sein Profil deutlich abgenutzt, abgeschliffen am SPD-Kurs, der sich kaum noch von dem der CDU unterscheidet, die Ziele allenfalls noch in andere Worte fasst: Von der Partei der Arbeiter zur Partei des Kapitals. Geschenk. Allein, bei kritischen Wilhelmshavener Bürger/innen hätte Gabriel in der Begegnung mit dem Soldaten Manfred Berger ganz anders punkten können. (iz)

Der Kampf geht weiter

Ein wahrer Fortsetzungsroman

(iz) Was bisher geschah: Seit fast einem Jahr kämpft Rolf Frerichs darum, die Fußgängerzone nördlich der Nordseepassage auch als solche geschützt zu sehen, was bislang nicht der Fall ist. Weder die Stadt als ordnende noch die Polizei als kontrollierende Behörde fühlen sich zuständig. Doch Frerichs ist unerbittlich.

Ende November 2002 weist Frerichs erneut den Leiter des städtischen Amtes für Straßen, Brücken und Verkehrseinrichtungen (im folgenden AfSBV) auf die unmögliche Situation hin. Der ehemalige Polizist schildert seine zunehmenden Zweifel am Rechtsstaat, weil er eine ungleiche Behandlung von Ordnungswidrigkeiten erkennt: Radfahrer, die ohne Licht oder auf dem Fußweg fahren, werden sofort belangt; Autofahrer, die ohne Berechtigung durch die Fußgängerzone rasen, bleiben ungeschoren.

Am 27.11. erhält Frerichs ein Schreiben von besagtem Amt: Die von ihm vermisste Beschilderung befände sich ca. 50 m vor der Bahnhofstraße. Frerichs bedankt sich, wie immer, artig für den Einzeiler. Eine Ortsbesichtigung ergibt: An der Virchow-/ Ecke Marktstraße, etwa 50 m vor Einmündung in die Bahnhofstraße, steht die Schilder-Kombination *Fußgängerzone / Parkhaus in 50 m rechts, Anlieger frei, begrenzte Durchfahrts-höhe*. Ein Polizeibeamter bestätigt, welche Verwirrung dies stiftet: Autofahrer fragen nach dem Weg oder fahren stracks durch, nicht ahnend, dass sie nur bis zum Parkhaus fahren dürfen. Frerichs schlägt erneut eine Besprechung zwischen Stadtverwaltung und Polizei vor (die schon einmal ergebnislos endete).

Schon zwei Tage später kommt die Antwort. Herr Anke vom AfSBV ist verdammt schnell, kann aber in seiner Sachbearbeiterfunktion nur den Sachstand mitteilen: Seitens der Stadt wird die Beschilderung als ausreichend angesehen. Anke verweist auf die im November stattgefundene Besprechung, wonach nur bauliche Maßnahmen die Situation weiter verbessern könnten. Und, wie gehabt: "Die Entscheidung der Kontrolle des Fließverkehrs liegt bei der Polizei." An die sich daraufhin Frerichs erneut wendet. In Sachen Kontrollaufgaben gibt er Anke recht und zitiert dazu aus §53 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG): *Die Behörden und Beamten des Polizeidienstes haben nach pflichtgemäßem Ermessen Ordnungswidrigkeiten zu erforschen und dabei alle*

unaufschiebbaren Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhindern.

Das ist einerseits richtig, andererseits ist nachvollziehbar, dass die Polizei auf Dauer nicht das Versäumnis der Stadt ausbügeln will, die Fußgängerzone nicht auch baulich-gestalterisch als solche erkennbar gemacht zu haben.

Von Rauch und Rollis

Um die Wartezeit zwischen den Antwortschreiben nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, widmet Frerichs sich jetzt neben dem Umfeld auch dem Innenleben der Nordseepassage. Im Rahmen der Umfrage "Meine Nordseepassage - Ihre Meinung zählt!" (Januar 2002) hat er zwar Freundlichkeit, Sauberkeit und Ordnung in der Passage gelobt, aber was ihn gewaltig nervt, ist der Rauch, der von den Cafés und (verbotenerweise) auch von den Gängen aufsteigt. In einem persönlichen Schreiben weist er im September die damalige Centermanagerin Seemann nochmals auf seine Anregung zu den "Rauchzeichen" hin. Er erhält nie eine Antwort. Im Januar versucht er es beim neuen Manager Hoffmann. Trotz des Rauchverbots würde überall in der Passage geraucht. *"Menschen mit Luftbeschwerden, Babys und Kleinkinder"* sowie alle Nichtraucher seien der *"gesundheitsschädigenden Droge ausgesetzt"*. Selbst die Bekleidung, die Geschäfte in die Gänge stellen, würde nach Rauch stinken. Unterm Strich leide die Lebensqualität in der Passage.

Wir haben in den Gängen zwar noch nie jemanden rauchen sehen, da sind die schwarzen Sheriffs vor. Und leben müssen wir dort zum Glück auch nicht (das nicht rauchende Personal muss dort allerdings 1/3 seines Tages verbringen). Doch obwohl auch in unserer Redaktion nicht immer nur die Köpfe rauchen, können wir Frerichs zustimmen - in einem geschlossenen Raum ist es für Nichtraucher einfach eklig.

Eine andere seiner Forderungen aus der Umfrage ist aber mindestens eben so wichtig:

die Barrierefreiheit der Passage herzustellen. An den Eingängen gibt es keine selbst öffnende Tür. Es sind zwar (häufige!) nette zwischenmenschliche Begegnungen, wenn man einem Rollifahrer, einem Gehbehinderten oder Eltern mit Kinderwagen die Türen aufhält; doch für die betroffene Personengruppe ist es einfach unerlässlich für die Lebensqualität, in ihrer Mobilität unabhängig vom Wohlwollen ihrer Mitmenschen zu sein. □

International Küche & Cocktails



Frühstücksbuffet
Son- und Feiertags
10 - 15 Uhr

BAHNHOFSTR. 22, TEL.: 506876

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr



UNTERJEGS
REISERÜSTUNGS GMBH

OUTDOOR - KANU & MOTORRADBEDARF

Wird Zeit, daß es Urlaub wird!
Nur echt in der **NORDSEE
PASSAGE**
WILHELMSHAVEN
Tel: 04421-994287 Fax 994288

Wilhelmshavener helfen e.V.

Fair Markt

Die Schnäppchenfundgrube

Rheinstr. 98 Tel.: 04421/45 57 88
Mo - Fr 10 - 18, Sa 10 - 14 Uhr

Möbellager
im Textilhof Ulmenstraße
Mi 16 - 18, Sa 12 - 15 Uhr

leserbriefe

Zum Artikel "Ist es denn die Möglichkeit?" Gegenwind 186

Liebe Gegenwindler,
ich finde, ihr habt in eurem Artikel zum Nothafen einen wichtigen Aspekt vergessen beziehungsweise zu nebensächlich behandelt: die Frage "Zukunftskonzept oder Alibi?" Ihr habt ja schon einen Teil unseres Artikels zum Thema zitiert, lasst mich also noch einen weiteren Absatz aus unserem Aufsatz hier beisteuern: "Grundvoraussetzung ist der unverkennbare Wille der Verantwortlichen, sich mit einem wie auch immer gearteten Nothafen-Konzept nicht aus der Pflicht zu stehlen für radikales Durchgreifen hinsichtlich Schifffahrts- und Transportsicherheit sowie für gesellschaftspolitisches Umdenken zur Minimierung riskanter Transporte. Weder Umweltschützer noch Fischer noch Touristenorte an der Küste werden für ein Nothafen-Konzept zu gewinnen sein, solange nicht ernsthaft gegen marode Schiffe, verantwortungslose Reedereien, ausgebeutete und rechtlose Seeleute oder unsinnige Warenströme vorgegangen wird. Ein Nothafenkonzept, das lediglich dazu dient, die Schlaglöcher auf dem weiteren Weg rücksichtsloser Profitgier notdürftig zu flicken, hat keine Akzeptanz verdient."

Schöne Grüße von der **WATERKANT-Redaktion Burkhard Ilchner**

Der Fluch der bösen Tat

Liebe GegenwindleserInnen,
wie viele Mitmenschen treibt auch mich der angekündigte Irak-Krieg um! Besonders unter dem Aspekt des Völkerrechts, dem sich (siehe UNO, Internationaler Strafgerichtshof usw.) fortan alle unterwerfen müssen - mit Ausnahme der USA.

Damit könnte man leben, wenn die US-Führungszirkel eine Politik betreiben würden, die sich von dem als 'Nationales Sicherheitsinteresse' kaschierten imperialen 'Great Game' einer winzigen Minderheit von 'Global Playern' um Macht und Profit löst und sich einer Weltpolitik der Herrschaft des Rechts, der Gerechtigkeit und des friedlichen Ausgleichs der Interessen verschreibt.

Doch die maßgebenden Kräfte in den USA - 'Big Oil', der 'Militär-industrielle Komplex' und 'Wall Street' - haben daran offenbar kein Interesse; es würde sie ja neben ihrem Profit auch noch Einfluss und Prestige kosten...

Skrupellose Potentaten wie Saddam, Hitler oder Stalin tauchen nicht aus dem Nichts auf. Sie werden durch die Traumata ihrer Völker an die Macht gespült und bedienen deren irrationale Träume.

Ein großes kollektives Ziel vor Augen, übersieht die Masse deren Verbrechen - solange der Führer ihnen Erfolge vorgaukeln kann. Anders denkende Minderheiten oder Volksgruppen werden isoliert, terrorisiert und notfalls liquidiert.

Herr Saddam bedient die Träume der arabischen Massen auf ein wiedervereinigtes Kalifat zwischen Atlantik und Indischem Ozean, dessen Macht- und Entwicklungsbasis das Öl ist.

Um sich als legitimer Vollstrecker zu präsentieren, stellt er sich in die historische Ahnenreihe mit dem König Nebukadnezar II. und dem Sultan Saladin. Der erste führte das Babylonische Reich zur Blüte, zerstörte das mit Ägypten verbündete Jerusalem und führte die Juden in die babylonische Gefangenschaft. Der zweite hat die Kreuzritter besiegt und Jerusalem von ihnen zurückerobert. (Beiden Herrschern wird übrigens auch großes diplomatisches Geschick nachgesagt...)

Wie jedem sendungsbewussten Machtmenschen ist Herr Saddam zweifellos jedes Erfolg versprechende Mittel recht, seine Ziele zu erreichen.

Nun könnte man den Schluss daraus ziehen: Also weg mit dem Kerl! - Aber lässt sich dadurch das Nahostproblem lösen? - Wohl kaum...

Der Westen war es, der nach Zusammenbruch des Osmanischen Reiches am Ende des 1. Weltkrieges den Nahen Osten neu "geordnet" - d.h. Marionettenherrscher in künstlich geschaffenen Staatsgebilden inthronisiert und die Gründung Israels auf den Weg gebracht hat. Das Problem ist nun, dass die muslimische Welt durch diese ihr aufoktroierte Ordnung traumatisiert wurde. Aus der ihnen aufgenötigten Ordnung versuchten sich die dort lebenden Menschen von Beginn an zu lösen. Die anhaltende Kette von Rückschlägen und Misserfolgen lasten sie allein dem Westen an, und sie werden dadurch immer fanatischer. Mittlerweile brodelt es in der gesamten muslimischen Welt.

Die gewaltsame Beseitigung des Diktators Saddam Hussein durch den 'Großen Satan' USA wird die ohnmächtige Wut dieser großen Religionsgemeinschaft eher noch steigern.

Die Bush-Feuerwehr versucht nun - beraterresistent - den Brand mit Sprengstoff auszupusten. Das Risiko der Anfachung eines weltweiten Flächenbrandes nimmt man dabei grob fahrlässig in Kauf. Dabei wird damit nicht einmal die durchaus bestehende

Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln gebannt, die man bekanntlich in einem Koffer transportieren kann.

Um den Nahen Osten zu befrieden, muss in zähem Ringen ein historischer Kompromiss gefunden werden - etwa nach dem Muster des Westfälischen Friedens. Während des steinigigen Weges dorthin muss das internationale Rechtssystem bzw. Völkerrecht so gestärkt werden, dass die Menschen des arabischen Kulturkreises (und nicht nur diese) darauf bauen können, dass ihnen in nicht allzu ferner Zukunft Gerechtigkeit widerfährt. Der Aussicht auf ein friedliches Miteinander der Kulturen wäre sehr damit gedient, wenn man sich endlich ernsthaft um einen Kompromiss im Palästina-Konflikt und in der Jerusalemfrage bemühen würde. Der Abschluss eines von gegenseitigem Respekt und Verständnis getragenen völkerrechtlich bindenden Vertrages würde den Drahtziehern von Kamikaze-Unternehmen eher das Wasser abgraben, als 'Kollateralschäden' bei 'Chirurgischen Eingriffen' - will heißen: Vernichtung von Menschenleben und Zertrümmerung von jahrelanger, mühevoller Arbeit geschaffenen, lebensnotwendigen Werten im Bombenhagel.

Jochen Martin

KULTUR - KOMMUNIKATION



MUSIK FÜR DICH

WHV Zentrum
 Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.

Frühstücken
Partys - Konzerte

Freitag, 7.2.
GLOOMY FRIDAY
 EBM - 80's - DarkWave - event

Freitag
14. Februar
The TROTTEL STEREO DREAM
EXPERIENCE
 "Dub-Folk-World-music"
 ...mehr als nur ein "Konzert"

"it's a stereophonic - tribal - psychedelic trip with Hungary's leading world fusion band..."

-KONZERT DES MONATS-

21. Februar
VISIONS präsentiert:
UNION YOUTH
 + Support

KLING KLING-eMail-News
 Kurze eMail an KLINGKLINGINFO@AOL.COM
 ...und DU bist dabei !

www.kling-klang-online.de

Jonathan



Naturkost

Rote Lippen soll man küssen ...

Naturkosmetik von Lavera, Sante und Logona

Wilhelmshaven, Marktstr. 94, Tel. + Fax: 04421/13438

Die Wahrheit muss auf den Tisch!

Ab 01. April hat der Steuerzahler einen neuen Kostgänger am Hals: Die JadeWeserPort Realisierungs GmbH & Co KG.

(jm) Unser OB Eberhard Menzel strahlte über beide Wangen: Nach Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags zur Gründung der *JadeWeserPort Realisierungs GmbH & Co KG (JWPRG)* sind die Weichen auf stetigen Geldfluss aus den öffentlichen Kassen Richtung Wilhelmshaven zum Bau und zur Unterhaltung des geplanten JadeWeserPort gestellt. Jetzt müssen scheinbar nur noch das Planfeststellungsverfahren und sich eventuell anschließende Gerichtsverfahren überstanden werden.

Die *JWPRG* hat den Auftrag, für das Land Niedersachsen als Grundstückseigentümer den Bau der 'terminalnahen Infrastruktur' (Kaimauern, Spundwände usw.) des JadeWeserPort zu finanzieren und für die nächsten 36 Jahre als Verpächter, Vermieter, Instandhalter usw. zu betreiben. Die von der Landesregierung geschätzten Kosten für den Kaimauer- und Umschlagbereich liegen zur Zeit bei 177,6 Mio. €. Sie decken nur einen Bruchteil der Gesamtkosten ab, die bisher noch gar nicht komplett aufgelistet wurden. Nach vorsichtigen vorläufigen Schätzungen dürften sie sich auf 1500 Mio. € (inkl. Zinsen) belaufen - den notwendigen Neubzw. Ausbau der Terminal-externen Infrastruktur auf der Land- und Wasserseite nicht mitgerechnet.

Zur Finanzierung des Kaimauerbereichs bekommt die *JWPRG* zum einen 87,8 Mio. € geschenkt, die hälftig von Bremen und Niedersachsen aufgebracht werden. Zum anderen muss sie ein Darlehen von 89,8 Mio. € aufnehmen, dessen Rückzahlung lt. Pressemitteilung der Niedersächsischen Staatskanzlei "...mit Zinsen und Tilgung aus den zu erwartenden Einnahmen der Gesellschaft (aus den Verträgen mit dem Betreiber sowie Liege- und Kajengebühren etc) ..." erfolgen soll.

Zwei Unwägbarkeiten tauchen hier schon auf: Die der geschätzten Kosten und die der erwarteten Einnahmen. Die Kosten laufen erfahrungsgemäß bei öffentlichen Investitionen davon, und die erzielbaren Hafeneinnahmen müssen erst noch mit den späteren Nutzern ausgehandelt werden. Bei dem Terminal-Überangebot in Europa haben die Pächter und Reeder jedoch die Verhandlungsmacht, die selbstverständlich knallhart ausgespielt wird. Wie kärglich die Hafeneinnahmen gegenwärtig hierzulande sind, war dem Internet-Magazin *SPIEGEL ONLINE* am 22.01. in dem Artikel *Das Monster an der Jade* zu entnehmen: "Ein Blick auf Hamburg zeigt: Die Hansestadt erwartet nur 5 Millionen Euro Einnahmen aus dem Hafenebetrieb. Dem stehen allein für die fortlaufend notwendigen Investitionen 141 Millionen als Ausgaben gegenüber."

Auch Bremen fährt jährlich rund 100 Mio. €

Verluste mit seinen Häfen ein. Mit der Refinanzierung sieht es also mehr als mau aus, und das wissen auch die Banken. Und das Investitionsobjekt selber bietet als Aktivposten auch keine Sicherheit, weil der Verkehrswert die Baukosten weit unterschreiten würde. Denn nur ein Dummkopf gibt für den Kauf eines Investitionsobjekts mehr Geld aus, als sich durch Erträge mit angemessener Rendite refinanzieren lässt. (Daran sieht man, wie unsinnig die aus beruflichem Munde in die Welt gesetzten Parolen von der Privatfinanzierung des JadeWeserPort waren). Ohne eine Landesbürgschaft im Safe dürfte kaum eine Bank bereit sein, sich an der Vorfinanzierung des JadeWeserPort zu beteiligen. Nicht bekannt ist, ob sich Niedersachsen und Bremen auch das Mehrkosten- und Bürgschaftsrisiko teilen. Das müsste im (noch) nicht zugänglichen Gesellschaftsvertrag stehen. Nach Lage der Dinge sieht es aber so aus, dass das Mehrkosten- und das Kreditrisiko allein bei Niedersachsen liegt.

Jetzt drängt sich jedoch die Frage auf, weshalb bauen Hamburg und Bremen trotz hoher Verluste ihre Häfen immer weiter aus?! Darauf hat der Bremer Bürgermeister Henning Scherf bereits vor Jahren folgende plakative Antwort gegeben: "*Wachsen oder Weichen!*" Recht hat er: Denn wer sich im real existierenden Bürgermeister-Konkurrenzkampf nicht unentwegt darum bemüht, zu wachsen (bzw. den Erfordernissen des Marktes anzupassen), büßt Zug um Zug seine Wettbewerbsfähigkeit ein und sollte lieber gleich ganz aufhören. Da Aussteigen für Hamburg und Bremen gesamtwirtschaftlich ruinös wäre, bleibt ihnen nur übrig zu wachsen, bis es auf Biegen und Brechen nicht mehr geht.

Für Niedersachsen wäre es dagegen gewiss noch nicht zu spät, von diesem für die Landeskasse hoch riskanten Hafenroulette mit steigenden Einsätzen abzuspringen. Im Gegensatz zu Hamburg und Bremen droht hier keine Hafenuwirtschaft mit hohen Arbeitsplatzverlusten wegzubrechen. Und auf zusätzliche Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sollte man sich nicht allzu viel Hoffnung machen.

Gehen wir doch mal der Behauptung des abgewählten Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel von den 3.600 Arbeitsplätzen auf den Grund:

Vorstehende Zahl tauchte zum ersten Mal in der *Machbarkeitsstudie für einen Container- und Mehrzweckhafen in Wilhelmshaven* auf. In der Kurzfassung heißt es:

"Für die strukturschwache Region JadeWeser-Raum ist das Projekt von Beginn an mit erheblichen Beschäftigungseffekten verbunden, die sich nach Erreichen der Auslastung der vorgeschlagenen ersten Phase auf bis zu 3.600 Arbeitsplätze belaufen dürften." Die Untersuchungen, die zu diesem Ergebnis führten, wurden der Öffentlichkeit nicht zugänglich ge-

macht. Nur zu den Arbeitsplätzen auf dem Terminal wurden Angaben gemacht, die je nach eingesetztem technischem Gerät mal über, mal unter 1.000 Beschäftigten liegen. Das dafür vorgesehene personalintensive technische Gerät hat jedoch keine Zukunft, wie der hoch automatisierte Hafen in Hamburg-Altenwerder belegt. Auf die Frage von Bürgern, wie die Zahl von 3.600 Arbeitsplätzen errechnet wurde, wurde kolportiert, dass man sich bei den 1.000 Terminal-Arbeitsplätzen an den Stand in Bremerhaven angelehnt habe. Diese Zahl wäre dann mit dem Faktor 3,6 zur Miterfassung der indirekten Beschäftigungseffekte multipliziert worden.

Solche nicht überprüfbaren Zahlen werden zwar liebend gern von Lobbyisten und Wahlkampfmatadoren aufgegriffen, dass sie aber auch für eine volkswirtschaftliche Kosten-/Nutzenrechnung tauglich sind, darf wohl ausgeschlossen werden.

Bei einem Abgleich mit transparenteren Untersuchungen kommen übrigens interessante Ergebnisse heraus:

Transportgeografisch sind die Eckpunkte des zitierten Jade-Weser-Raumes (s.o.) die Städte Wilhelmshaven, Oldenburg, Bremen und Bremerhaven, in dem die 3.600 Arbeitsplätze entstehen sollen. Mal angenommen, die Zahl stimmt: Wie würden sich in diesem Fall die Arbeitsplätze in diesem Raum verteilen?!

Ein Gutachten der Firma *PLANCO-Consulting GmbH* gibt da einen hilfreichen Fingerzeig. Gemäß deren Untersuchung *Regional- und Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Bremischen Häfen, Mai 1998 - Kurzfassung* "... gibt es insgesamt 99.000 Arbeitsplätze, im Sinne einer existenziellen Verbundenheit mit den Bremischen Häfen. Davon existieren 49.500 in Bremen, 9.500 in Bremerhaven und 40.000 im Umland bzw. anderswo."

Dieses Zahlenverhältnis würde - unter Zugrundelegung der 3.600 in der Machbarkeitsstudie genannten Arbeitsplätze im Jade-Weser-Raum - auf Wilhelmshaven übertragen, 350 geschaffene Arbeitsplätze bedeuten. (Gegenwind Nr. 162).

Obwohl die Bremerhavener ihre Bremer Vaterstadt im Hafenumschlag inzwischen überrundet haben und zudem der Wert der Transportgüter (Containerladungen, Autos, Kühlgüter) dort höher ist, bleibt der überragende Teil der arbeitsintensiven Wertschöpfungskette an Bremen und seinem Speckgürtel kleben. Der Anziehungskraft Bremens auf die 'nicht Terminalgebundene Hafenuwirtschaft' kann Bremerhaven nur wenig entgegensetzen. Die Rollen sind so verteilt: Bremerhaven zieht den Wagen und Bremen sitzt auf dem Kutschbock, die Zügel fest in den Händen. Eine 'strategische Partnerschaft', die die Hanseaten gerne auch mit Niedersachsen eingehen - zumal der Gaul Wilhelmshaven ein echtes Schnäppchen für sie ist.

Zurück zu unserem eingangs erwähnten OB Menzel: Der operiert zuweilen gar mit der Zahl von 5.800 Arbeitsplätzen! Falls er sich dabei auf die Angaben des Gutachtens *Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven des Jade-Weser-Raums unter besonderer Berücksichtigung des Jade-Weser-Ports* bezieht, dann wäre dies eine unredliche Verkürzung. Denn in diesem Gutachten, in dem gleichfalls mit der o.a. nicht nachvollziehbaren Anzahl von 1.000 Terminal-gebundenen Arbeitsplätzen gerechnet wird und das noch weitere, zahlenmäßig erheblich zu Buche schlagende Macken



aufweist (s. Gegenwind Nr. 182), ist darüber zusammengefasst folgendes zu lesen:

“Die Gesamtsumme der möglichen Beschäftigungseffekte des Jade-Weser-Ports bewegt sich also in der Spanne zwischen 2.300 und 5.800 Beschäftigten. Die letztgenannte Größenordnung wird voraussichtlich eher mit der Realisierung weiterer Baustufen erreicht werden, wenn der Verkehr ähnliche Größenordnungen erreicht wie heute in Bremerhaven.”

Auch wenn der zweite Satz sehr sibyllinisch abgefasst wurde, so lässt sich aus diesem Orakel hinreichend deutlich herausdestillieren, dass die Obergrenze von 5.800 Beschäftigten frühestens während des Betriebes einer zweiten Ausbaustufe erreicht werden könnte - oder eben auch erst später nach der dritten oder vierten usw.

Wie man sieht, eignen sich solche Zahlen allenfalls für politisch unkorrekte Fensterreden, aber nicht als Eckdaten für Milliarden-Investitionen.

Zweifel an der Seriosität des Finanzierungskonzeptes der abgewählten Landesregierung hat auch die CDU vor der Wahl geäußert. So beschuldigte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Christian Wulff die Landesregierung: “Das ständige Tarnen und Täuschen der SPD ist unerträglich. Gabriels Schönfärberei bei den Kosten ist nicht nur für die Privatfinanzierbarkeit der terminalnahen Infrastruktur deutlich geworden. Er verschweigt weiterhin die volle Wahrheit. (...) Die Wahrheit muss auf den Tisch. Die Finanzierung muss gesichert werden. Ich appelliere an alle Beteiligte, dieses wichtige niedersächsische Projekt seriös abzusichern.” (Pressemeldung der CDU in Niedersachsen vom 06.11.02) Wulffs Verkündung im Wahlkampf: “Die einzigen, die den Tiefwasserhafen sauber finanzieren werden, sind wir!”

Das hört sich schon mal gut an: Doch nach der Regierungsübernahme wird er, um Schaden vom Land Niedersachsen abzuwenden, prüfen müssen, ob die Investition in dieses Megaprojekt überhaupt volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist.

Dazu muss er neben den tatsächlichen Kosten auch den durch die Realisierung des Projektes ausgelösten Wertschöpfungs- bzw. Beschäftigungseffekt ergebnisoffen nachrechnen lassen. Erst bei einem ausgewogenem Verhältnis zwischen dem erforderlichen Einsatz von Landesfinanzzmitteln und dem Ertrag in Form von Wertschöpfung - u.a. bestehend aus Gehältern der Beschäftigten und den Steuereinnahmen - ist es fiskalisch vertretbar, so ein Projekt zu finanzieren.

Von den CDU-Landtagsabgeordneten Inse-Marie Ortgies und Dr. Uwe Biester wurde diesbezüglich schon mal Skepsis geäußert. In Beantwortung einer Kleinen Anfrage hatte die Landesregierung ihnen erwidert, dass der Tiefwasserhafen eine Ergänzung des bereits bestehenden norddeutschen Hafengebotes darstelle.

Ahnungsvoll äußerten sie daraufhin ihre Vermutung, dass die dringend benötigte Wertschöpfung zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Wilhelmshaven und Friesland so nicht zu erreichen sei (s. Gegenwind Nr. 178).

Allen diesen Zweifeln muss bis zur Klärung nachgegangen werden. Der neue Regierungschef sollte deshalb tunlichst die zuständigen Gremien anweisen, ihm noch vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens die für eine verantwortungsvolle politische Entscheidung erforderlichen Ergebnisse in Form einer belastbaren Kosten-/Nutzen-Rechnung vorzulegen. □

Im Gleichschritt

Wilhelmshaven: Fest und treu zur Marine

(hk) Als vor 155 Jahren der Jadevertrag abgeschlossen wurde, wurde auch der Grundstein für die Zerstörung Wilhelmshavens im zweiten Weltkrieg gelegt. Wilhelmshaven war durch und durch Militär - eine zivile Seite der Stadt gab es so gut wie gar nicht.

Und so war es nicht verwunderlich, dass Wilhelmshaven ein Hauptziel der alliierten Bombenverbände wurde. Nach dem Schock der Bombenangriffe sollte so etwas nie wieder passieren - das war einhellige Meinung der Wilhelmshavener BürgerInnen und Politiker. Doch es kam natürlich ganz anders. Heute ist Wilhelmshaven wieder der Marinestandort Nummer Eins.

Dann kam die Zeit der Friedensbewegung und der Unsinn militärischer Auseinandersetzungen wurde zum beherrschenden Thema auch in Wilhelmshaven. Viele der Politiker, die heute so bedenkenlos der Marine das Wort reden, demonstrierten auch in Wilhelmshaven gegen den Rüstungswahn.

Alles vergessen?

Der große Umschwung in Wilhelmshaven fand seinen ersten sichtbaren Ausdruck in der Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1994. Da gab es die ersten Gehässigkeiten gegen die “selbsternannte Friedensbewegung” (OB Menzel), die gegen ein solches Denkmal anging.

Der nächste Schub kam mit der Installation des Marinemuseums. Die Idee, ein Museum über die Geschichte der Marine und der Marinewerft einzurichten wurde verworfen, die Kritiker verließen die vorbereitenden Arbeitsgruppen - Militärs übernahmen die Leitung. Heute haben wir am Südstrand ein Museum, in dem schon Kleinstkinder dem gefährlichen Charme der Kriegswaffen und bunten Fahnen erliegen. Es ist ja nicht verwunderlich, dass gerade ein solches Museum der Renner in Wilhelmshavens Museumslandschaft wurde.

Militarismus bis in die letzte Ecke

Wie tief Wilhelmshaven mit dem Militarismus verbunden ist, wurde auf dem Neujahrsempfang der Stadt Wilhelmshaven deutlich. Oberbürgermeister Menzel begann seine Rede folgendermaßen: *“Drei Doppelschläge und ein Einzelschlag einer Schiffsglocke, meine Damen und Herren, zeigen uns an: es ist 11.30 Uhr, eine halbe Stunde vor Ende der ersten Wache. (Ich möchte Sie aber gleich beruhigen: um 12.00 Uhr findet kein Wachwechsel statt!) Geglask - wie man bei der Marine sagt - wurde mit der Schiffsglocke des Minensuchboots TUBINGEN. Sie wurde der Stadt Wilhelmshaven vom Kommandeur der Minenstreitkräfte zur Erinnerung an das 6. Minensuchgeschwader überreicht, welches von 1969 bis 2000 in Wilhelmshaven stationiert war.*

Die Minensucher sind somit ein wichtiger Teil unserer Marinegeschichte der Nachkriegszeit. Die Schiffsglocke unterstreicht die maritime Bezogenheit Wilhelmshavens und die besondere Verbundenheit zwischen Stadt und Marine. Wir werden in Zukunft bei besonderen Anlässen hier im Rathaus ‚glasken‘. ... Herzlichen Dank für das Anglasken sage ich Herrn Kapitän zur See Gerd Rose, Standortältester und Kommandeur des Marinestützpunktkommandos Wilhelmshaven,

mit ihm begrüße ich für die Deutsche Marine Herrn Admiral Hoch, Dienstält. Offizier am Standort Wilhelmshaven und Kommandeur der Zerstörerflottille, und Herrn Admiral Kolletschke, Admiral Marinelogistik im Marineamt.”

Es fällt nicht schwer, sich bildlich vorzustellen, wie die Damen und Herren verzückt strammstehen und dem Klang der Schiffsglocke eines Kriegsschiffs lauschen.

Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass OB Menzel auch gleich das gesamte Verhältnis zum Militär neu ordnen will. Nochmals ein Zitat aus seiner Neujahrsansprache: *Lassen Sie mich zur Bundeswehr, zur Marine in Wilhelmshaven folgendes sagen: Die öffentliche Betrachtung hat hier in der zurückliegenden Zeit Fakten, vor Jahren getroffene Entscheidungen, nicht wahrhaben wollen. Dies hat dazu geführt, dass das traditionell gute Verhältnis zur Marine eine Delle erlitten hat, ich habe dies bei vielen Gesprächen in den letzten Monaten festgestellt. In einer Stadt, in der die Marine zu Hause ist, in einer Stadt, aus der sich momentan viele Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen befinden, besonders am Horn von Afrika, müssen wir wieder zur Geschlossenheit im Verhältnis zur Marine zurückkehren. Auch daran werde ich in den nächsten Monaten arbeiten. Allen Soldatinnen und Soldaten im Einsatz gelten heute unsere besten Wünsche, eine gute und gesunde Rückkehr in den Stützpunkt Wilhelmshaven. Wir sollten aber auch denen, die sich neu aufstellen in unserer Stadt, das Gefühl vermitteln, dass sie willkommen sind.*

Gerade der letzte Satz dieses Zitats lässt erkennen, wie tief das Denken des Oberbürgermeisters im Militarismus verwurzelt ist. Da ziehen nicht irgendwelche Menschen einfach nach Wilhelmshaven - sie stellen sich neu auf!

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks als militärisches Korrektiv zur Nato trieb viele Militärs die Angst um. Die Angst um ihren Arbeitsplatz. Denn wenn kein Gegner da ist, hat man selbst ja auch keine Existenzberechtigung mehr. Ein neuer Gegner wurde dann ja auch recht schnell gefunden: das Böse! Ganz im Stile der erkonservativen katholischen Kirche benannte der Kommandeur des Marinestützpunktkommandos Wilhelmshaven, Gerhard Rose, den Feind: *“Wir müssen begreifen, dass es das Böse gibt, und dass sich das Böse sogar weiter entwickelt.”* (nach WZ vom 20.1.03)

Und gegen das Böse ist die Marine heute überall auf der Welt wieder im Einsatz - ganz im Stile der Kanonenbootpolitik Wilhelm II. patrouillieren die Schiffe der Marine an den Küsten der ärmsten Länder, um die edlen Leitmotive der westlichen Welt in die Köpfe der vom rechten Weg abdriftenden dritten und vierten Welt zu stampeln.

Mit diesem neuen Feindbild lässt sich gut leben - endlich gibt es keine Diskussion mehr darüber, ob man sich vielleicht für ein schlechtes Gesellschaftssystem ins Zeug legt. □

Ratssplitter

vom 8. Januar 2003

wieder mal zusammengekehrt
von Imke Zwoch

Auffällig war, dass viele Ratsmitglieder - vor allem auf der (vom Kopfende gesehen) rechten Seite - schamlos im Gegenwind schmöckerten - dem "Blatt, das keiner kennt, aber jeder liest" (O-Ton Menzel in einer früheren Ratssitzung). Den Grund für diese Bildungsoffensive erfahren Sie bei vollständiger Lektüre unserer Beobachtungen.

Ehe es richtig losgehen konnte, musste erst mal ein Transparent wieder abgehängt werden.

Ab Januar 2003

Schluss mit der Geheimniskrämerei

stand an der Zuschauerempore zu lesen. (Konkretisiert wurde die Forderung später in Anträgen der WALLI, s. u.) Da "Missfallens- und Beifallsbekundungen" der Bürger/innen im Ratssaal nicht erwünscht und deshalb nicht zulässig sind, forderte Interims-Ratsvorsitzender Walter Schulz die Verfasser zur Entfernung ihrer Meinung auf. Komischerweise war gegen Ende der Sitzung Beifall von Kollegen und Familien der im Laufe der Sitzungen aufgestiegenen Verwaltungsmitarbeiter doch zulässig. Ich wette einen Kasten Jever Pils, dass ein Transparent mit der Aufschrift "Wir freuen uns auf den JadeWeserPort" länger dort hängen würde. Es kommt eben immer darauf an.

Zu Beginn des Jahres verteilte OB Menzel, jetzt auch Verwaltungschef, ordentlich Pöstchen. (Dem einen oder anderen nahm er auch eins weg, das er sich dann selbst oder anderen auf den Zettel schrieb.) So wurden diesmal noch mehr Hände geschüttelt als sonst (schon zur Begrüßung drückt jede/r etwa 50 Hände), da wurde beglückwünscht und vereinzelt sogar geknuddelt. Anzahl und Parteilbuch der Gratulanten, die jeweils nach vorne strömten, um zum Schütteln oder Knuddeln Schlange zu stehen, waren das Barometer

- a) für die Beliebtheit der Pöstcheninhaber
- b) für den Hang zur Selbstdarstellung derer, die ihre Glückwünsche aussprachen
- c) für die Verbindungen, die zwischen Gratulanten und Beglückwünschten bestehen (und hier vermutlich öffentlich bekundet werden sollten).

Jens Graul und Klaus Kottek mussten sich mit Trost und Zuspruch begnügen, denn sie guckten bei der Umverteilung der Führungspositionen ziemlich in die Röhre. Graul darf außer Umweltangelegenheiten noch Bildung, Kultur und Sport machen, doch das kulturelle Sahnehäubchen WPG, das man ihm zwischenzeitlich gemopst hatte, ging nun endgültig an OB Menzel - Chefsache! Kottek musste den Bereich Soziales und Jugend abgeben und soll sich nun ausschließlich dem Stadtbild widmen: Stadtplanung, Bauangelegenheiten und Grünanlagen. Der Verlust des sozialen Aufgabenfeldes, das er übrigens so schlecht gar nicht beackert haben soll, störte ihn wohl weniger als die Art und Weise, wie er umbesetzt wurde: Es wurde vorher nicht mit ihm darüber gesprochen.

Zwei andere hingegen hatten Grund zur Freude. Jens Stoffers wurde zum Ersten Stadtrat und Allgemeinen Vertreter des OB ernannt. Damit ist er nach Menzel der zweite Mann in der städtischen Hierarchie. Seinem Dezernat wurden die Bereiche Recht, Gesundheit, Zentrale Dienste, städtische Datenverarbeitung und, an Stelle von Kottek, Soziales und Jugend zugeordnet. Bei Stoffers war die Gratulantschlange am längsten, kein Wunder: immer sachlich, freundlich und neutral. Selten ist sich der Rat so einig wie in dieser (Personen-) Entscheidung; mit Zustimmung der Kommunalaufsicht war deshalb auf die Ausschreibung der Stelle verzichtet worden. Unsere Glückwünsche hat er auch. Da es nicht üblich ist, dass Pressevertreter in der Ratssitzung Dezementen knutschen, übermitteln wir sie auf diesem Wege. Und hoffen, dass Stoffers auch in dieser exponierten Position den aufrechten Gang beibehält. Der zweite Gewinner des Tages war Heiko Hoff. Lange schon hat er hinter den Kulissen die finanziellen Geschicke der Stadt mit gelenkt, manch wackeligen Haushaltsplan in den Griff gekriegt. Vom städtischen Oberrat zum Stadtrat: Es sei ihm gegönnt, in der letzten Dekade einer langen Dienstzeit - 40 Jahre bei der Stadt! - als neuer Kämmerer ins Rampenlicht zu treten.

OB Menzel musste zunächst einen Posten aufgeben, um einen besseren zu bekommen. Als hauptamtlicher Oberbürgermeister darf er nicht Ratsmitglied sein. Für ihn rückte Wolfgang Jeschke nach. Neuer Ratsvorsitzender wurde nicht, wie zwischenzeitlich gemunkelt worden war, Siegfried Neumann, sondern Norbert Schmidt. Sehr zur Freude der CDU, die die bislang gute Zusammenarbeit mit Schmidt betonte.

Die Zeremonien brachten eine Menge Pausen mit sich, die zum Knuddeln, Klönen und Rauchen genutzt wurden. Sobald ein Wagemutiger (hier jeweils Joachim Ender, CDU) sich entsprechend räuspert, muss eine Wahl geheim durchgeführt werden. D. h.: Jedes Ratsmitglied muss nach Aufruf einzeln nach vorne zur Wahlkabine kommen. Lästig, aber gut gegen Krampfadern und vor allem für eine demokratische Abstimmung ohne Fraktionszwang. Auf diese Weise wurde tatsächlich ein Vertreter der CDU zum Vertreter des Ratsvorsitzenden gewählt, nämlich Ehnste Lauts. Mit seiner ruhigen und humorvollen Art wird er Schmidt ein guter Ersatzmann sein. Die Pöstchen der stellvertretenden Bürgermeister/innen blieben, wo sie sind: bei Ursula Aljets und Marianne Fröhling (der Helmut Möhle mit 20:24 Stunden unterlag). Ihre Entschädigungen für das Ehrenamt wurden auf 725 bzw. 590 Euro monatlich erhöht.

Richtig kribbelig wurde es bei der Umbesetzung des Pöstchens im Zweckverband für Tierkörperbeseitigung: Der Grünen Ratsfrau Gerda Kümmel (laut Aljets als Hundebesitzerin für den Job qualifiziert; wir wünschen Gerdis Hund ein langes Leben und danach eine angemessene Ruhestätte!) setzte die CDU den Landwirt Heinz Weerda entgegen. Bei so massiver fachlicher Konkurrenz half nur geheime Wahl. Dumm gelaufen: Patt im ersten Wahlgang. Und eine Überraschung nach der zweiten Rundwanderung im Saal. Weerda blieb mit 24 zu 20 Stimmen Sieger - da hatten sich wohl einige rote oder grüne Genoss/innen einen Ruck gegeben. Zweimal gleich haben sie also der Opposition die Chance gegeben, in mehr oder weniger wichtigen Positionen die Stadt und damit

Für Empörung sorgte ein Wort im letzten Gegenwind: Kotzbrocken. **"1. Stadtrat Wolfgang Frank: Ein absoluter Kotzbrocken; behandelt die fragenden BürgerInnen wie dumme Jungs/Mädels. Gibt nie eine vernünftige Antwort und hält Eigennutz (die Interessen irgendwelcher Geldleute) für ein höheres Gut als Gemeinnutz."**

Kotzbrocken, der (derb). *jmd., den man als äußerst abstoßend, widerwärtig empfindet.*

So wird er im Duden definiert. Und hier muss ich zugeben, dass der Begriff nicht auf Herrn Frank passt. Er passt - und so war es auch gemeint - auf die Art und Weise, wie Herr Frank sich gegenüber den BürgerInnen (z.T. auch gegenüber den Ratsmitgliedern!) verhält: herablassend und überheblich. Mit meiner Formulierung habe ich aber die Person Wolfgang Frank verunglimpft. Das war nicht meine Absicht und ich entschuldige mich für diese sprachliche Entgleisung - da hat wohl der Bauch den Kopf besiegt.

Hannes Klöpper

ihre Wähler zu repräsentieren, wie CDU-Vorsitzender Reuter vorab gefordert hatte. Zieht jetzt endlich ein Hauch von Liebe und Menschlichkeit in den Ratssaal ein? Wenn ja, kommen wir beim nächsten Mal mit Batikhemd und Räucherstäbchen.

Transparenz gefordert Fast drei Stunden hatte das annähernd debattenfreie Procedere gedauert. Ehe nun OB Menzel "alle, die so lange ausgeharrt haben", zu einem Umtrunk einladen konnte, war die WALLI noch am Zuge. Sie forderte ausführliche Protokolle der Sitzungen von Ratsgremien, einschließlich der Fraktions- und Gruppenerklärungen sowie Wortprotokolle zu Sachstandsberichten über größere Projekte, z. B. den JadeWeserPort, aber auch andere Vorhaben. Ratsherr Tjaden begründete sein Anliegen damit, dass für die Ratsarbeit vollständige Informationen erforderlich sind. Da nicht jedes Ratsmitglied an jedem Ausschuss teilnehmen kann, muss dies über die Niederschriften gewährleistet sein. Nur so können auch Falschinterpretationen ausgeschlossen werden. Die Information "Stadtrat X berichtete über Projekt Y. Punkt" sind da nicht sehr hilfreich. Weitergehend beantragte Tjaden, die Protokolle des (besonders geheimen - die Verf.) Verwaltungsausschusses aus dem Jahre 2002 durch Wortprotokolle zum Thema JadeWeserPort zu ergänzen. Wie gewohnt, gingen Tjadens Anträge ins Leere. Die sie ablehnten, sitzen ja an der Quelle der Informationen.

Überrascht, aber sichtbar erleichtert, dass der rührige Bürger Radmer die abschließende Einwohnerfragestunde nur für eine kurze Frage nutzte, zogen die Damen und Herren über das Schicksal unserer Stadt mit Menzel an die Theke. Radmer wollte wissen, warum Stoffers seinen Sitz im WPG-Aufsichtsrat an Menzel abgibt. Menzel begründete dies mit dem überregionalen Ansatz der WPG; der Wechsel hätte rein sachliche Gründe und sei mit Stoffers abgestimmt. Zufrieden wünschte Radmer Menzel, Stoffers und Hoff "ein glückliches Händchen".

Halt, da war noch was: Die Sternchen? Ab jetzt gibt's eine auch nach unten offene Richterskala. Mein Vertreter hatte letztes Mal, um sein Missfallen auszudrücken, zu einer Formulierung greifen müssen, für die es aus gewissen Kreisen viel Schelte gab (s. Kasten -

deshalb wurde auch der GEGENWIND so intensiv während der Ratssitzung gelesen). Wenn ich die Ausdrücke dagegen halte, mit denen Containerhafen-Chef Niemann und seine "Lieblingsbürgermeisterin" (anlässlich des Gabriel-Besuchs) Mitglieder der Bürgerinitiative gegen den JadeWeserPort titulierten, sind wir sozusagen wieder quitt. Nicht mehr ganz: Unsererseits gibt es eine Entschuldigung. Zumindest hat diese Provokation bewirkt, dass in der hier berichteten Ratssitzung eine Menge Kommunalpolitiker/innen ihr "coming out" als GEGENWIND-Leser/innen hatten. Nach diesem Experiment verteilen wir zukünftig also posi- und negative Punkte. Nur heute nicht: Mit Karriere- und Gehaltssprüngen haben die Protagonisten unserer Ratssplitter erstmal genug abgesahnt. Allenfalls Kottek hätte ein paar Pluspunkte verdient, weil er gute Miene zum bösen Spiel machte. □

Motivationsschub

Nicht zu glauben: Der GEGENWIND war einleitendes Thema in der Antrittsrede unseres hauptamtlichen Bürgermeisters. Bezugnehmend auf eine Formulierung in den letzten Ratssplittern, mit der das unhöfliche Verhalten eines Stadtrates gegenüber einem Bürger etwas drastisch umschrieben wurde, ermahnte Menzel "die anwesende Presse", doch nach außen positiv über die Stadt zu berichten. Zwischen den Zeilen trat wieder mal das grundsätzliche Missverständnis zwischen den tonangebenden Personen dieser Stadt und unserer Zeitung zu Tage: Die Unterstellung, uns wäre nicht am Wohle dieser Stadt gelegen. Wäre dem so, wir wären längst in eine andere Stadt gezogen. Oder würden uns zumindest nicht ehrenamtlich, unbezahlt Tage und Nächte um die Ohren schlagen, um diese Zeitung zu machen. Wir würden sie auch nicht machen, würden nicht Tausende von Wilhelmshavener/innen diese Zeitung lesen, uns ideell unterstützen (eine kleinere, aber nicht unbedeutende Zahl auch finanziell). Langweilen würden wir uns ohne GEGENWIND bestimmt nicht. Wir könnten statt dessen auch einem Sportverein beitreten, Briefmarken sammeln, die Beete jäten oder fernsehen. Aber wir machen ihn (jetzt, einschließlich seinem Vorgänger ROTDORN - mit noch anderer Besetzung seit 27 Jahren), weil diese Stadt uns am Herzen liegt. Also aus dem gleichen Grund, den z. B. Jens Stoffers oder Heiko Hoff genannt haben als Motivation für ihre zukünftigen Aufgaben - und auch Eberhard Menzel, der sich "allen Bürgern verpflichtet" fühlt. (Vermutlich ist dies auch der Grund, warum der rührige Bürger Horst Radmer sich jede Ratssitzung um die Ohren haut, statt nochmals rund um die Nordsee zu radeln). Dass wir auch Positives berichten, wird von Menzel und anderen meist ignoriert. Dass wir Negatives berichten, um den Weg zum Besseren aufzuzeigen, wird als Störung empfunden, nicht als konstruktive Kritik. Einen verbalen Ausrutscher in 27 Jahren derart zu pointieren, ist einerseits unangemessen - andererseits dokumentiert es, ungewollt sicherlich, wie scharf unsere Zeitung von den Mächtigen dieser Stadt beobachtet wird, und misst ihr große Bedeutung bei. Für diese neuerliche Motivation "von höchster Stelle", weiterzumachen, möchten wir uns an dieser Stelle bedanken.

Imke Zwoch

Schade drum!

Das "Miles" ist zu

(noa) Ein Dutzend Leute etwa befindet sich auf der Suche nach einem neuen "Wohnzimmer": Die ganz festen und regelmäßigen Stammgäste des "Miles" an der Gökerstraße nannten ihre Kneipe so und sind letzstens "heimatlos" geworden.

Der Abschiedsabend am 19. Januar mit Band zeigte die Kneipe noch einmal wie zu allerbesten Zeiten, knackevoll, die Luft zum Schneiden, die Gäste allerdings etwas wehmütig. Im Lauf des Abends entschied Werner, der Wirt, dann zwar, den Laden noch ein paar Tage länger zu betreiben, aber nun ist unwiderruflich Schluss. Auch der Schnellimbiss "Tuba" nebenan hat mittlerweile dicht gemacht, und dem geplanten Abriss der Häuser Gökerstraße 103 und 105 steht nichts mehr im Weg.

Die Hintergründe und Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dem Abriss eines schönen alten Hauses werden wir in einer späteren Gegenwind-Ausgabe beleuchten. An dieser Stelle wollen wir nur ein wenig mit den trauernden Hinterbliebenen im Abschiedsschmerz schwelgen.

Bermuda-Dreieck

Sabine, Stammgast schon im "Gantenbein" und danach im "Jatz", Bedienung im "Bermuda-Dreieck" und wieder Stammgast im "Miles", kann nicht genau sagen, wann der frühere Milchladen in der Gökerstraße 103 zur Kneipe wurde, denn damals war sie noch zu jung, um reingehen zu dürfen, aber ihr großer Bruder war von Anfang an dort und erinnert sich an Suse und Franz, die auch in Oldenburg ein "Gantenbein" und außerdem die Kneipe "Strohalm" hatten. Und Dieter hat 1975 dort mit seiner Klasse und seinen Lehrkräften das Abitur gefeiert.

Während der ganzen gut 30 Jahre fanden sich in dieser Kneipe ungeachtet der wechselnden Pächter und Namen neben zahllosen wechselnden Gästen auch immer wieder dieselben Leute von damals ein. Abende mit Live-Musik waren nicht die einzigen Abwechslungen im Kneipenalltag. Ganz spontan erklärte sich einmal auch "Gloria" alias Heinz-Arthur Lührs bereit, seine Marlene-Dietrich-Show zu zeigen. Auch Geburtstage und einmal (zu Bermuda-Dreieck-Zeiten) eine Hochzeit wurden dort gefeiert. Man ist zusammen gealtert - zum Glück nicht so sehr, dass ein Umpflanzen unmöglich wäre - und wurde zu "einer großen Familie" mit allem Drum und Dran: mit privaten Unternehmungen außerhalb der Kneipe, mit Geburtstagsüberraschungen und -geschenken (liebervoll vorbereitet und organisiert von "M.", die den Laden in den letzten fünf Jahren schmiss und auch schon seit Menschengedenken im "Dreieck" lebt und arbeitet), mit Knobelabenden und Essen in einem nahe gelegenen Restaurant und natürlich, wie es in einer "großen Familie" nicht ausbleibt, mit kleinen Eifersüchteleien und Intrigen. Die spielen jetzt, da es vorbei ist, keine so große Rolle mehr, und wir erleben einige der Ex-Gäste in einer anderen Kneipe bei der "aktiven Trauerbewältigung". Anekdoten werden erzählt, es wird nachgerechnet, wann dies oder das gewesen sein mag, und dann sagt plötzlich Jürgen, der das Jatz betrieben hat: "Übrigens - einmal wurde da auch geschossen." Eifersucht sei da im Spiel gewesen, mehr kann er nicht sagen, da er zu tun hat,

aber Sabine erinnert sich. Sie war damals nicht dabei - schade! - hat aber direkt danach die Blutlache gesehen und hat die Beteiligten auch gekannt. Und als an einem der folgenden Tage in der Sommerhitze eine Flasche Weizenbier explodierte, erstarrten alle Gäste vor Schreck und dachten, es werde schon wieder scharf geschossen.

Jürgen, der Künstler, ist nicht wehmütig wegen der Schließung des Miles. Er weist auf einen anderen Gesichtspunkt des geplanten Abrisses hin: Der große Hinterhof der beiden Häuser beherbergte einst die Wilhelmshavener Künstlerszene, und in den Ateliers dort wurden einige Kunstwerke geschaffen. Einmal sah es ganz danach aus, dass diese Szene wieder entstehen könnte. Aber dies gehört zu den Hintergründen, die wir in einer anderen Ausgabe beleuchten werden. □

Landesarbeitsgericht erklärt Betriebsratswahl bei Sykes Classic für gültig

Die regelmäßigen GEGENWIND-LeserInnen werden sich erinnern: Bei Sykes Classic, so berichteten wir im Dezember, sitze der Betriebsrat wacklig, weil die Wahl angefochten worden sei (vgl. „Leitende“ und „leidende“ Angestellte“ in Ausgabe 185). Für die, die es damals nicht gelesen haben: Der Wahlvorstand hatte 20 Beschäftigte nicht auf die Wählerliste gesetzt, die er als leitende Angestellte betrachtete. Dagegen klagten nach erfolgter Wahl zwei dieser nicht wahlberechtigten Beschäftigten und drei weitere beim Wilhelmshavener Arbeitsgericht. Sie wollten erreichen, dass die Wahl für ungültig erklärt würde. Ihre Argumentation ging dahin, dass sie keine leitenden Angestellten seien, denn sie seien nicht zu Einstellungen, Entlassungen und Abmahnungen befugt. Diese Befugnisse gelten gemeinhin als Kriterien für die Position eines/einer "leitenden" Angestellten. Nun ist es schwierig, arbeitsrechtliche Bestimmungen aus den deutschen Gesetzen auf einen Betrieb anzuwenden, der nach US-amerikanischen Spielregeln geführt wird. Die in diesem Fall vom Wahrecht ausgeschlossenen Sykes-MitarbeiterInnen können tatsächlich eine Entlassung nicht unterschreiben - aber sie können einen Kollegen oder eine Kollegin entlassen lassen. Der Richter am Wilhelmshavener Arbeitsgericht entschied im Sommer zu Gunsten der KlägerInnen und erklärte die Wahl für ungültig. Dennoch blieb der Betriebsrat im Amt. Die Angelegenheit wurde dem Landesarbeitsgericht in Hannover zur Entscheidung übergeben. Hier wurde nun Ende Januar die Wahl vom Oktober 2001 für gültig erklärt, und der Betriebsrat kann weiterarbeiten. (noa)

“Tut uns leid!”

MethadonpatientInnen scheinen tatsächlich Menschen zweiter Klasse zu sein

(noa) Schon mehrfach berichteten wir über das Thema Methadonabgabe an Drogensüchtige, mal anlässlich diesbezüglicher Anträge der WALLI im Rat, mal auf der Grundlage eigener Recherchen. Unser Besuch bei der Methadonabgabestelle im Schlachthof Ende November 2002 veranlasste uns zu der Frage, ob es sich bei den Betroffenen um “Menschen zweiter Klasse” handelt (Ausgabe 185). Die Lebensgeschichte einer jungen Frau, die wir hier wiedergeben, deutet darauf hin, dass diese Frage bejaht werden muss.

M.K. (der vollständige Name ist der Redaktion bekannt) ist als junges Mädchen an einer Psychose erkrankt. Gleichzeitig begann sie, Medikamente missbräuchlich zu verwenden und andere (illegale) Drogen einzunehmen. Selber vermag sie nicht zu sagen, was zuerst kam, und vermutlich ist es ohnehin müßig, dieser Frage nachgehen zu wollen. Vielleicht hat bei ihr die Psychose zum Drogen- und Medikamentenmissbrauch geführt; vielleicht hatte sie eine drogeninduzierte Psychose - im Ergebnis jedenfalls hat sie eine “Doppeldiagnose” (Fachjargon), nämlich Psychose und Sucht. Mehrere Aufenthalte in psychiatrischen Kliniken und einer in einer Drogenklinik unterbrachen ihren Alltag in den letzten zehn Jahren.

Es wurde Frau K. irgendwann einmal (relativ früh sogar) klar, dass sie zumindest gegen den Substanzenmissbrauch etwas tun musste und konnte. Sie hatte das Glück, bei einem Arzt zu landen, der ihr als Substitutionsmittel Codein verschrieb. Codein ist ein Opiat, das die Sucht befriedigt, ohne einen Rausch zu verursachen. Bis auch in Wilhelmshaven das Methadonprogramm angesetzt wurde, war die Substitution mit Codein die einzige Möglichkeit für Drogenabhängige, aus der Beschaffungskriminalität zu entkommen und ein “normales” Leben zu führen, ohne sofort Abstinenz anzustreben.

Ein richtig “normales” Leben ist Frau K. nicht möglich. Sie hatte ja in Abständen ihre psychotischen Episoden und bekam dagegen Medikamente. Die “alten” Neuroleptika (das sind Medikamente, die die psychotischen Symptome unterdrücken) wirken leider auch antriebshemmend und dämpfend, so dass die meisten Menschen, die sie einnehmen müssen, dauerhaft erwerbsunfähig oder doch jedenfalls eingeschränkt erwerbsfähig sind - und gelegentlich trotz der Medikation Psychosen bekommen. Moderne Neuroleptika haben weniger Nebenwirkungen, doch auch sie schränken die Lebensqualität bei den meisten Menschen erheblich ein.

Bei Frau K. kam gelegentlicher Drogenkonsum während und trotz der Substitution hinzu. Wenn man so früh erkrankt, dass man noch keine Berufsausbildung und Berufstätigkeit als stabilisierenden Faktor hat und in einer relativ kleinen Stadt lebt, wo man den alten Bekannten kaum dauerhaft ausweichen kann, ist diese Gefahr immer gegeben. Immerhin schaffte sie es, ins Methadonprogramm aufgenommen zu werden, als die Voraussetzungen dafür in Wilhelmshaven geschaffen wurden, und seither keinen Beikonsum zu haben.

Gelegentlich machte sie Versuche, auf dem 1. Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Dass diese Versuche misslangen, lag nicht am Suchtproblem. Mit der täglichen Dosis Methadon

kann man völlig unauffällig leben und arbeiten. Frau K.’s Anläufe scheiterten an ihrer psychischen Krankheit. Psychoseerfahrene Menschen mit Dauermedikation kommen eben im Berufsleben nicht so gut zurecht und brauchen besondere Bedingungen.

Im vergangenen Sommer entschloss sich M.K. deshalb, die Hilfen in Anspruch zu nehmen, die psychisch kranken Menschen bei der beruflichen Rehabilitation zustehen. Sie bewarb sich beim Rehabilitationszentrum für psychisch Kranke (RPK) in Oldenburg, wurde zu einem Informationsnachmittag eingeladen, sah sich das Haus an und war begeistert. Ärztliche und psychologische Diagnostik und Therapie, Arbeitsdiagnostik und Arbeitstherapie und soziale Rehabilitation, weiter Berufsfindung und Vorbereitungsmaßnahmen auf eine Ausbildung, all dies bietet das RPK den psychisch Kranken, und Frau K. sah sich schon dort wohnen, denn für Leute, die nicht in Oldenburg wohnen oder für solche, die intensivere Behandlung und Betreuung benötigen, gibt es sogar stationäre Plätze. Für das Vorstellungsgespräch einige Wochen nach der Besichtigung bereitete sie sich gut vor und notierte sich alle Fragen, die der Informationsnachmittag noch offen gelassen hatte.

Doch diese Fragen konnte sie gar nicht erst stellen. Statt eines Vorstellungsgesprächs gab es die Information, dass man dort keine Substituierten aufnimmt. So direkt wurde ihr das nicht gesagt. Man sagte ihr, dass das RPK keine Leute mit Doppeldiagnose nehmen dürfe, das sei so in den Verträgen mit den Kostenträgern (Krankenkassen, Arbeitsamt, Rentenkassen) festgelegt. Aber da Frau K. wegen ihrer Psychose Hilfe beim Einstieg ins Berufsleben braucht und das RPK genau dafür da ist, läuft es darauf hinaus, dass sie wegen des Methadons nicht aufgenommen wird.

Deutlicher wurde ihr das bei PAS in Wilhelmshaven gesagt. Diese hier neue Institution bietet psychisch Kranken Hilfe bei der beruflichen Rehabilitation an. Begleitete Praktika in verschiedenen Betrieben und andere Hilfen sollen diesem Personenkreis den Weg ins Berufsleben ermöglichen. Frau K.’s Vorstellungsgespräch dort verlief sehr ermutigend. Sie war sich schon sicher, dass es bald losgehen kann. Das Arbeitsamt lehnte ihren Antrag auf berufliche Rehabilitation zunächst ab, doch ihr Widerspruch dagegen läuft. Und danach sollte sie sich wieder bei PAS melden. Doch einige Tage danach erfuhr sie, dass PAS “leider” nur Leute aufnehmen darf, die “clean” sind. Auch das Berufliche Trainingszentrum desselben Trägers, das in Wilhelmshaven demnächst seine Arbeit aufnimmt, schließt Substituierte aus.

Die Zuversicht der PAS-Mitarbeiterin, dass

Frau K. sich deswegen sicher nicht unterkriegen lassen wird und bestimmt woanders Hilfe sucht und findet, könnte falsch sein. Frau K. ist im Moment eher pessimistisch. “Diese beiden Erfahrungen waren ja nicht die ersten Fehlschläge, die ich wegen der Substitution erlebt habe”, sagte sie uns. Vor Jahren, als sie noch mit Codein substituiert wurde, flog sie deswegen aus dem “Betreuten Wohnen”, und ein Versuch, in ein Wohnheim für psychisch Kranke zu ziehen, scheiterte an der Tatsache, dass sie substituiert wird. Und eine Psychotherapeutin, bei der Frau K. seit Monaten auf der Warteliste steht, rief vor kurzem zurück. Das tun Psychotherapeuten normalerweise dann, wenn sie endlich einen Platz frei haben, den sie dann anbieten, und Frau K. nahm deswegen an, dass sie wenigstens endlich eine Therapie machen kann - um während des Telefonats erleben zu müssen, dass die zunächst zugewandte Psychologin auf einmal von einer weiteren Wartezeit von bis zu einem Jahr sprach, weswegen Frau K. sich doch lieber an jemand anderen wenden sollte, zumal sie (die Therapeutin) ja auch gar keine Erfahrung mit Leuten aus dem Methadonprogramm habe....

So denkt Frau K. in den letzten Tagen darüber nach, ob sie statt weiterer Bemühungen um Rehabilitation lieber in Rente gehen soll - mit noch nicht einmal 30 Jahren!

Kommentar

Substitutionsprogramme für Drogenabhängige sind äußerst umstritten. Selbst die Sachverständigenkommissionen, die Ende der 80er Jahre in Vorbereitung der Methadonprogramme die Spielregeln festgelegt haben, gehen von Substitution als der Ausnahme und von Abstinenz als eigentlich anzustrebendem Ziel aus. Dennoch gibt es klare Indikationen für Langzeitsubstitution, so z.B. “Persönlichkeitsstörungen”.

Unter Methadon kann ein ansonsten Gesunder vollkommen normal und unauffällig leben und ist voll arbeitsfähig. Er braucht einem potentiellen Arbeitgeber nicht einmal zu verraten, dass er mal Drogen konsumiert hat und jetzt zwischenzeitlich eine Ersatzdroge bekommt. Er kann in aller Ruhe die Dosis peu à peu senken, bis er schließlich ganz “clean” ist.

Eigentlich sollte man doch vermuten, dass jemand mit einer schweren psychischen Störung Verständnis dafür bekommen sollte, dass er/sie sich den Ausstieg aus dem illegalen Drogenkonsum etwas erleichtern möchte. So jemand kann auch die Tatsache, im Methadonprogramm zu sein, nicht verheimlichen. Bei den entsprechenden Reha-Maßnahmen muss ein Arztbrief vorgelegt werden, und da steht es eben drin.

Die Träger der Reha-Maßnahmen scheinen entweder vom Sinn der Substitution keine Ahnung zu haben oder aber mutwillig auch bei psychisch Kranken zwischen guten und schlechten zu unterscheiden. Wenn jemand, der nicht mehr raucht, noch eine Zeitlang Nicorette-Kaugummis kaut, kommt niemand auf den Gedanken, ihn deswegen als “Raucher” zu diskriminieren. Warum kann eine psychisch Kranke die Hilfen, die anderen psychisch Kranken gewährt werden, nicht in Anspruch nehmen, um dann mit wesentlich größerer Aussicht auf Erfolg die Abstinenz anzustreben?

Anette Nowak